1955-2005
Fünfzig Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation

Ein mutiger Schritt und ein überragendes Ergebnis
Rückschau und Ausblick

I.
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1955 – der erste Schritt auf dem lange Wege zur neuen Partnerschaft in Europa

Es ist schon eine diplomatische Aufgabe, das Thema richtig zu formulieren: Der Name der Bundesrepublik Deutschland ist identisch am Anfang und am Ende dieser 50jährigen Periode diplomatischer Beziehungen. Die Hauptstadt hat gewechselt und ist im vereinigten Deutschland an ihren angestammten Platz – Berlin –zurückgekehrt. Auf der anderen Seite ist die Hauptstadt identisch, aber wir haben es mit zwei unterschiedlichen Staaten und Gesellschaften zu tun - zunächst mit der Sowjetunion und dann mit der Russischen Föderation. Welten trennen die Außenpolitik, die Verfassungsgrundlagen, die Wirtschaftsstrukturen und die Zivilgesellschaften dieser beiden Staaten voneinander.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges mit ideologischer und militärischer Konfrontation und eines Kalten Friedens auf der Basis der bestehenden Machtverhältnisse in Europa und von dem Ziel geleitet, direkte politische und diplomatische Beziehungen auch mit der vieren Deutschland-Macht zu unterhalten, konnte der deutsche Bundeskanzler mit Beharrungsvermögen und Geschick die Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 13. September 1995 mit Moskau treffen ohne dabei das politische Ziel der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands aus den Augen zu verlieren oder die Zukunft der deutschen Rolle in der Europäischen Integration und im Nordatlantischen Bündnisses aufs Spiel zu setzen. Im Windschatten des viel beschworenen „Geistes von Genf“ vom Juli 1955, dem ersten Gipfeltreffen der vier Deutschland-Mächte seit der Potsdamer Dreimächte-Konferenz im Jahre 1945 konnte die deutsch-sowjetische Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne Preisgabe der unvereinbaren Positionen in der Deutschlandfrage abgeschlossen und dem Kanzler die Rückkehr der noch in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zugesagt werden.

Schon vorher waren die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen worden – seit langem ein Kernstück in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Wirtschaftsräumen.

Im Jahre 1955 lagen turbulente Jahre der Ost-West-Konfrontation hinter „uns.“ Neue Konfrontationen waren nicht auszuschließen, und sie kamen, wie wir im Rückblick feststellen müssen. Was lag hinter uns in der ersten Nachkriegsphase des Ost-West-Gegensatzes:

- die Blockade der Westsektoren in den Jahren 1948/49,
- die Bildung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlins mit bestimmten alliierten Vorbehalten, die Gründung der DDR mit Staatseinrichtungen zunächst in Berlin-Pankow, später in Berlin-Mitte,

- der blutig verlaufene Aufstand der Bürger in der DDR gegen das Regime am 17. Juni 1953 kurz nach dem Tode von Stalin,
- der von Moskau vehement bekämpfte Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantischen Bündnis im Jahre 1955, gekoppelt mit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit,
- aber auch die Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland auf gleichberechtigter Grundlage am Europäischen Einigungsprozess.

Beim Gipfeltreffen in Genf im Sommer 1955 hatten sich Abrüstungsthemen an der unlösbar erscheinenden deutschen Frage vorbei auf die erste Position der internationalen Tagesordnung geschoben. 45 Jahre später wurden beide Komplexe in Bezug auf Europa gleichzeitig gelöst und als gefährliche Problemfelder eliminiert, und zwar:

- mit der Herstellung der deutschen Einheit am 3 Oktober 1990 nach erfolgreichen „2 plus 4“ Verhandlungen über die Ablösung der Vorbehaltsrechte der Vier Deutschland- und Berlin-Mächte und

- mit dem Vertrag von Paris über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa (zwischen dem Ural und dem Atlantik), den die Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt im November 1990 unterzeichneten und später ratifizierten.

Für Moskau und für Bonn gab es ungeachtet der tiefgehenden Gegensätze in strategischen, politischen und ideologischen Fragen viele gute Gründe, ja man kann sagen gerade wegen dieser Gegensätze, diplomatische Beziehungen miteinender zu unterhalten, d.h. unmittelbaren Zugang zueinander zu haben, besonders bei krisenhaften Zuspitzungen der Lage. Dies geschah beispielsweise nach dem Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961. Bundeskanzler Adenauer empfing unverzüglich den sowjetischen Botschafter. Die Lage war ernst, militärische Verwicklungen waren nicht ausgeschlossen. Jahrzehnte später nahm Präsident Gorbatschow nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 unverzüglich Verbindung zum Bundeskanzler Kohl auf, um sicherzustellen, dass von der deutschen Bevölkerung keine Gefahr für die sowjetischen Truppen und Garnisonen in der DDR ausgehen würde.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit durften die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht dem oktroyierten Kanon der Freundschaftsgesellschaften der DDR und der Sowjetunion überlassen. Abgesehen von Einzelbegegnungen konnte sich dieses Gespräch aber erst nach dem Zusammenbruch des sowjetischen System und der Wiedergeburt des freien Russlands als Teil der europäischen Zivilisationen und Geschichte entwickeln. Die Aufarbeitung der Geschichte der beiden Gewaltregime und Diktaturen wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Vielleicht ist die Bereitschaft dazu in jüngster Zeit in Moskau sogar rückläufig.

II
Von der KSZE-Schlussakte von 1975 zur deutschen Einheit und zur Überwindung des Ost-West-Konflikts im Jahre 1990

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa standen hoch im Kurs auf der politischen Agenda Moskaus und der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt und später Bundeskanzler Schmidt - Ende der sechziger und in den siebziger Jahre.

Moskau strebte die völkerrechtliche Festschreibung und Unwandelbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa, aber auch die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen an. Der Westen suchte durch vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen und politischen Bereich die Gefahr des Krieges zwischen den hochgerüsteten Armeen der beiden Seiten in Europa zu mindern, sowie die Lage der Menschenrechte in allen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts zu verbessern. Der Westen suchte den freien Informationsfluss über den Eisernen Vorhang hinweg zu stärken, den Austausch von Besuchern und selbstredend die wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern – unter Beachtung der COCOM Regeln, mit denen die Lieferung strategischer Guter gemäß einer immer wieder überarbeiteten Liste unterbunden wurde. Immerhin Jahrzehnte hindurch lieferte Deutschland die Röhren für die sowjetischen Erdöl- und Erdgasleitungen und die USA sowie andere Länder Brot- und Futtergetreide in großen Quantitäten – bis zum 30 Millionen to jährlich. In sowjetischen Planungen spielte der Warenaustausch mit der DDR und mit Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselrolle. Der Vorsitz lag auf der Seite der sowjetischen Delegationen im Falle der beiden parallelen Wirtschaftskommissionen beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow, dem man nachsagte, dass er die deutsche Wirtschaft beiderseits der Teilungslinie am besten kenne. Im Jahre 1978 unterzeichnete ich im Kreml in Anwesenheit von Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Breschnew zusammen mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, dem Jahrzehnte hindurch als Deutschlandfachmann tätigem sowjetischen Diplomaten Semjonow ein Handelsabkommen für die nächsten dreißig Jahre. Welche Perspektive! Damit wurde Deutschland als wichtigster Lieferant von Werkzeugmaschinen und anderen Industrieprodukten in die langfristige Orientierung der „verplanten“ Sowjetunion integriert – auf dem Papier jedenfalls. Lieferverpflichtungen bedeutete das Abkommen zum Glück für die Bundesrepublik Deutschland nicht!

Der von den Staats- und Regierungschefs aller an der KSZE mitwirkenden Staaten unterzeichneten Schlussakte von Helsinki (August 1975) gingen die Abschlüsse der Verträge Bonns mit Moskau und Warschau (1970), sowie das Berlin Viermächte-Abkommen über die Regelung einzelner, die alliierten Rechte betreffenden Fragen, aber auch der Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Berlin Ost aus dem Jahre 1972 voraus. Vielen erschienen diese Vereinbarungen für Westen im Allgemeinen und für Deutschland im Besonderen von zweifelhaftem Werte zu sein, weil sie die Teilung Deutschlands und Europas zu besiegeln schienen. Aber die Vereinbarungen beschleunigten den Verfall der sowjetischen Vormachtstellung im mittel- und südosteuropäischen Vorfeld. Die herrschenden Kommunistischen Parteien in Ost-und Südosteuropa bestanden auf der gemeinsamen Sitzung in Berlin in den siebziger Jahren darauf, den Weg zum Sozialismus im eigenen Lande nach eigenen Vorstellungen, nicht nach dem sowjetischen Fahrplan zu gehen. Dies bedeutete eine Schwächung Moskaus im europäischen Vorfeld. Moskau konnte den Aufstieg der Solidarnocz-Bewegung nicht verhindern, sondern musste sich auf die Wahrung der Interessen seiner militärischen Garnisonen und Transitregelungen beschränken.

In einem vom NATO-Brief vom Februar 1984 veröffentlichten Artikel über „Die Sowjetunion und die Zukunft der Ost-West-Beziehungen“ konnte ich daher zur sowjetischen Außenpolitik in Europa prognostizieren oder gar feststellen:

„Krieg, Drohung und Unterwanderung zur Lösung von Problemen und Spannungen haben sich entweder als zu riskant oder als nicht Erfolg versprechend erwiesen. Verhandlungen müssen an die Stelle dieser Formen der Auseinandersetzungen treten. Sie können Erfolg haben, wenn sie in nüchterner Einschätzung der Lage und nicht mit unrealistischen Perspektiven geführt werden. Auf diesem Wege kann zur Erhaltung des Friedens, zur

Verhinderung des Krieges durch Irrtum, Fehleinschätzung und Irrationalität beigetragen werden.
Ost-West-Verhandlungen können zu einem Frieden führen, der die Veränderungen und Verschiebungen ermöglicht, die sich aus der Revision der Schwerpunkte sowjetischer Politik ergeben könnten.
Vor diesem Hintergrund lässt sich durchaus die Ansicht vertreten, dass legitime Sicherheitsinteressen der Sowjetunion langfristig wahrscheinlich wirksamer durch Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie der Sowjetunion in Ostmitteleuropa gewahrt werden können.
Das Hegemonialkonzept in Osteuropa ist, wie die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, gescheitert. Mit dieser Erkenntnis ist eine Perspektive der Ost-West-Beziehungen angesprochen, die eine konstruktive Gestaltung der europäischen Entwicklungen einleiten könnte.“[1]

Mit Bedacht hatte ich in diesem Artikel die deutsche Frage nicht angesprochen, weil sie alles zu blockieren schien. In der Tat hat die Initiative Gorbatschows zur außen- und sicherheitspolitischen Kurskorrektur zunächst die Deutschland-Problematik zunächst nicht angesprochen, und zwar aus guten Gründen. In Deutschland besaßen die vier Deutschlandmächte Rechte auf Grund der deutschen Kapitulation von 1945, die nur im Verhandlungswege revidiert oder aufgehoben werden konnten. Die ungeplante Öffnung der Mauer in Berlin am 9. November 1989 und die damit verbundene Freisetzung der massiven Bevölkerungsbewegung Ost-West schuf neue Tatsachen Aus der Perspektive von Verhandlungen über die Deutschland-Rechte der vier Mächte wurde über kurz oder lang eine Verhandlung der beiden frei gewählten Regierungen in Deutschland, die die Einheit beschlossen hatten, mit den vier Mächten zur Ablösung ihrer Rechte in Deutschland. Die Hinnahme der NATO-Mitgliedschaft auch des vereinigten Deutschlands stellte einen kardinalen Aspekt der Verhandlungen dar. Daneben gab es bilaterale Verhandlungen der Bundesregierung über schwebende Fragen der vier Mächte als Einzelmächte in und in Bezug auf Deutschland. Das bezog sich vor allem auf deutsche finanzielle Unterstützung bei der Verlegung der sowjetischen Streitkräfte zurück in die Sowjetunion.

Die Analyse meines Artikels in der NATO-Zeitschrift beruhte auf den Einblicken und Erfahrungen, die ich als Botschafter in Moskau von 1977 bis 1980 habe gewinnen können – vor allem in den Gesprächen mit den „Instituten“ und einigen führenden Journalisten, die ihre kritische Analysefähigkeit bewahrt hatten. Von den Angehörigen der Regierung waren solche Meinungsäußerungen nicht zu erwarten. Mit den Angehörigen des Regierungs- und Parteiapparats konnten solche Gespräche nicht geführt werden.

Schonungslos war die Kritik der Dissidenten am inneren System der Sowjetunion. Sie ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass das System aus Gründen der inneren Auszehrung und des Verfalls der Rechtsstaatlichkeit dem Untergang geweiht an sei. Ich denke vor allem an Begegnungen mit Andrej Sakharow und mit Lev Kopolew, mit denen viele Gespräche geführt wurden. Andrej Sakharow setzte sich immer wieder für die Wünsche der Russlanddeutschen ein, nach Deutschland ausreisen zu können.

Nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls für wesentliche Teile der politischen Öffentlichkeit blieb die deutsche Frage während des Kalten Krieges und Kalten Friedens „offen.“ Es gab allerdings auch politische Kreise, die eine deutsche Vereinigung für nicht

[1] NATO Brief (deutsch), herausgegeben vom NATO-Sekretariat, Brüssel, Nr2/1984, Seite21-26, deutsche Ausgabe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – ISSN 0255-3813

wünschenswert hielten. Ungeachtet aller Treueschwüre für die DDR war die deutsche Frage auch für die Sowjetunion stets „offen“. Darüber waren sich manche Schlüsselpersonen im DDR-System wohl auch im Klaren. Sie suchten daher, die volle Anerkennung als zweiter deutscher Staat durch die Bundesrepublik Deutschland zu erhalten, um sich in dieser Existenzfrage aus der vollständigen Abhängigkeit von der Sowjetunion lösen zu können.

Deshalb habe ich in meinem Vortrag über meine Botschafterjahre in Moskau, den ich am 17. November 1980 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn hielt, festgestellt[2]:

„Nach dem mehrjährigen Erlebnis der sowjetischen Wirklichkeit meine ich davon ausgehen zu können und zu müssen, dass die Menschen in der Sowjetunion und die sowjetische Führung weiterhin von der Existenz eines einzigen deutschen Volkes ausgehen, und dass sie das deutsche Volk ungeachtet der tragischen menschlichen und politischen Erfahrungen mit Hitler-Deutschland als eine bedeutende Kulturnation unserer Zeit ansehen, von der auch in Zukunft konstruktive gestalterische Beiträge zur Entwicklung der Zivilisation der Menschheit erwartet werden können.
Deutsch ist nach wie vor eine bedeutende Fremdsprache in der Sowjetunion. 40 Prozent aller eine fremde Sprache lernenden Menschen lernen sie Etwa 12 Millionen Sowjetbürger verstehen etwas Deutsch, 40 Prozent – mit steigender Tendenz – lernen Englisch.

Die staatliche Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist in sowjetischen Augen das Ergebnis eines derzeit nicht umkehr- oder veränderbaren Prozesses im Ost-West-Verhältnis. Die Gestaltung Deutschlands unter veränderten strategischen Bedingungen in der Zukunft lässt die Sowjetunion offen. Sie macht meines Erachtens Veränderungen an dieser Lage von Entwicklungen im strategischen und ideologischen Bereich abhängig“.

Diese Beurteilung stand im Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung, dass die Sowjetunion eben zu einer status-quo-Macht geworden war. In einem vordergründigen Sinne war sie es, aber sie ließ die Tür für Veränderungen offen, falls dies aus der Sicht der Sicherheit der Sowjetunion notwendig erschien oder ohne erhebliches Risiko nicht mehr zu vermeiden war.

III
Moskau – über die Tristesse der Sowjetmetropole .

Die deutsche, die bundesdeutsche Botschaftskanzlei befand sich in dem früheren Stadtpalast eines Zucker-Magnaten. Heute ist der Palast Sitz des „Staatsbildhauers und Malers“ Zereteli, den ich dank einer Vermittlung durch meinen an der Botschaft tätigen Sohn Jasper im Jahre 2004 besuchen konnte. Bei einem zweiten Frühstück im früheren Büro des Gesandten plauderten wir über Gott und die Welt.

Die in den achtziger Jahren in einem massiven Stil gebaute Botschafts-Kanzlei befindet sich in der Nähe der Sperlingshügel an der Mosfilmovskaya. Sie mag zweckmäßiger sein als der alte Palast an der Bolschaja Grusinskaya, aber ihr fehlt das Moskauer Flair, das es ja in Einzelfällen auch zu sowjetischen Zeiten gab, und das nun wieder ein dominantes Element Moskaus ist, wie es ist und wie es sich gibt - unnachahmlich.

2

Die Etappen sind auch in der Rückblende deutlich zu unterscheiden:

Anfang 1958, als ich in Moskau zur deutschen Verhandlungs-Delegation des Staatssekretär Lahr gehörte, der mit dem stellvertretenden Außenminister Semjonow über die Rückkehr und Familienzusammenführung von Deutschen in der Sowjetunion und mit dem Stellvertretenden Außenhandelsminister Kusnetzow über ein Handelsabkommen sowie mit dem Leiter der Rechts- und Konsularabteilung des sowjetischen Außenministeriums, Professor Tonkin über einen Konsularvertrag verhandelte, vermittelte die Stadt den Eindruck eines gewaltigen Machtzentrums, dessen Repräsentanten in schwarzen Limousinen auf den für sie reservierten Mittelstreifen durch die Stadt jagten und dessen Bewohner mehr oder weniger verängstigt ihren beruflichen Pflichten und häuslichen Aufgaben nachgingen. Die Zweiklassengesellschaft wurde zelebriert. Der Geist Stalins waltete scheinbar noch immer in der Stadt. Die Überbelegung der Stadt wurde abends erkennbar. Jedes Fenster war erleuchtet – nicht aus Überfluss und zum Vergnügen, sondern weil in jedem Zimmer eine Familie wohnte. In den Hotels regierte auf jedem Stockwerk die Etagenwärterin. An ihr war ein unautorisiertes Vorbeikommen nicht möglich. Gleichwohl in den langen Nächten gab es immer wieder telephonische Anrufe – der Dienste und des Gewerbes.

Zwanzig Jahre später: Ich war im **Mai 1977** aus Teheran als Botschafter nach Moskau gekommen, und erlebte ein auch sentimentales Wiedersehen mit der Sowjetmetropole an der Moskwa. Die Stadt war heller geworden – aber an vielen, an sehr vielen Stellen bröckelte es sehr.
Die Menschen hatten sich unter Nutzung der laxer werdenden Staatsautorität in ihren Nischen eingerichtet und bauten darauf, den bescheidenen Lebensstandard wie nun schon seit längerem in jedem Jahr ein wenig zu verbessern. Die Zahl der angefangenen, nicht vollendeten Staats- und Fabrik-Bauten war erstaunlich hoch. Das Nachspionieren fand wie eh und je statt.

Dissidenten konnten sich allenfalls im Wege ihrer Kunst auf privaten Märkten in der Öffentlichkeit sichtbar machen oder sich im Wege von *Samisdat-Literatur* artikulieren. Immer wieder wurden sie eingesperrt und zu harten Strafen verurteilt. In der Provinz war ein kritisches Wort auch von begleitenden Dolmetschern oder Reiseführern zu hören. Die Kirchen waren bei den Gottesdiensten zu kirchlichen Feiertagen überfüllt und von KGB-Chargen umstellt. Den Diplomaten, Journalisten und Wirtschaftsvertretern sowie ihren Familienangehörigen wurde nachgestellt und das vom UPDK (Verwaltung für das Diplomatische Korps) vermittelte Fachpersonal wurde zu provozierenden Handlungen angehalten (Bezahlung in Devisen).

Der „Neuling“ aus dem Westen fühlte sich wie in einem Gefängnis. Gesellschaftlicher Kontakt zu Sowjetbürgern außerhalb dessen, was an offiziellen Anlässen wahrzunehmen war, war mehr als spärlich. Im Interesse der Dissidenten mussten die Zahl der Begegnungen mit ihnen in Grenzen gehalten werden.

Nur einmal wurde mein Sohn zu den heranwachsenden Söhnen seines Fechtlehrers, der in einem deutschsprachigen Verlag arbeitete, eingeladen. Diplomaten und andere Ausländer lebten gezwungenermaßen für sich. Nur im Theater, Konzert in der Sportarena oder beim Wintersport in den Wäldern und auf den Flüssen entstand unmittelbarer Kontakt. Draußen auf dem Lande, in den Provinzstädten hielt man sich mit freieren Meinungsäußerungen über das System nicht zurück.

So erhielten wir auch Kenntnis von Versorgungslücken auf dem Lande, von schweren Unfällen und Streiks in Fabriken. Besonders argwöhnisch wurden die Kontakte mit kirchlichen Würdenträgern und den Repräsentanten der anderen Religionen beäugt, obschon sie alle vom KGB unterwandert waren.

Deutsch-sowjetische Verhandlungen und Besuche

Von den zahlreichen Ministerbesuchen ist mir der von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 1. Juli 1980 wenige Tage vor der Eröffnung der wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan im Dezember 1979 vom Westen boykotierten Olympischen Spiele in Moskau in besonderer Erinnerung. Der Kanzlerkolonne fuhr oberhalb der Moskwa über die Sperlingshügel und konnte das voll erleuchtete Olympia-Stadium auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses nicht übersehen, eine Kulisse gerade für den Bundeskanzler in helles gleißendes Licht versetzt? Sachlich ging es um die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Waffensysteme und über die Mittelstreckenwaffen (SS 20; Pershing, Marschflugkörper). Erstmals kam es zu einer Begegnung eines Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland sowie des Außenministers mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow und mit Generalstabschef General Ogarkow, dem großer Einfluss in strategischen und operativen Fragen nachgesagt wurde. Bei der Aussprache über die strategische Lage wiesen die sowjetischen Gesprächpartner auf den kardinalen Unterschied hin, der zwischen der strategischen Lage Hitler-Deutschlands und der strategischen Lage der heutigen Bundesrepublik bestehe. Hitler habe die Wehrmacht in einen Krieg strategischer Dimensionen getrieben, für den die Wehrmacht nicht vorbereitet war und an dessen Ausgang kein Zweifel bestehen konnte. Der Sieg sei aber gleichwohl nur unter schwersten Opfern und nach jahrelangen Operationen erreicht worden. Deutschland habe sich damals in strategischer Isolierung befunden. Heute hingegen sei die Bundesrepublik aber das geachtete Mitglied eines strategischen Bündnisses (NATO). Diese nüchterne und korrekte Analyse beeindruckte.

Im täglichen diplomatischen Geschäft beherrschte die Einbeziehung von Berlin-West in die internationalen Verträge der Bundesrepublik Deutschland sowie die Teilnahme von Vertretern von in Berlin bestehenden Bundesbehörden in den Delegationen der Bundesrepublik an internationalen Konferenzen den ermüdenden Dialog mit der für Deutschland und Österreich zuständigen Dritten Europäischen Abteilung. Wer diese Übung Jahre hindurch aktiv betrieben hat, kann nachfühlen, was begabte russische Schriftsteller über russische Bürokraten zu Papier gebracht haben. Gelegentlich brach bei unseren Gesprächspartnern auch die Siegerpose durch, aber das geschah sehr selten. Der Umgang mit einander beruhte auf beiderseitigem Respekt und in Kenntnis der jahrhundertealten Verbindungen, die auch durch die furchtbaren Kriege nicht verdrängt wurden und nicht verdrängt werden. Aufgelockert wurden die in politischen Fragen zum Teil mühsamen Kontakte durch gelegentliche Filmabende mit Spitzenfilme der früheren und der heutigen deutschen Filmproduktion oder mit Ausflügen aufs Land zu den Gästehäusern der Regierung. Die Mitglieder Deutschlandabteilung hatten meist mehrfach an den sowjetischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, in Ostberlin, Wien oder der Schweiz gearbeitet, waren also meist auch mit dem heutigen Deutschland vertraut.

Mir ist aufgefallen, dass in den Lehrbüchern über die Außenpolitik der Sowjetunion der Abschnitt über das historische und das heutige Beziehungsgeflecht mit Deutschland vom Umfang her betrachtet den meisten Raum einnimmt.

IV. Schlußbetrachtung:
Berlin – Moskau - Partner in Europa
Partner auf gleicher Augenhöhe?

Moskau sah ich dann als Hauptstadt der Russischen Föderation wieder – in den Jahren 1993-**1995** während meiner sporadischen Beratertätigkeit bei dem Präsidenten Georgiens, E. Schewardnadse, und zwischen **1998 und 2001** während meiner Tätigkeit als Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Minsk, die den Auftrag hatte, das Land bei der Entwicklung demokratischer Staats- und Gesellschaftsstrukturen zu unterstützen.

Der sowjetische Mief ist verschwunden. Die Stadt blüht beinahe in allen ihren Teilen – sie ist auf dem Wege zu einer Weltmetropole eigener Art. Der Verwaltung steht eine blühende Wirtschaft gegenüber, die sich nur begrenzt "kontrollieren" lässt. Die Wirtschaft boomt auf der Grundlage der Energierohstoffe, die unermessliche Gewinne einbringen, aber die industrielle Fertigung ist Not leidend.

Der Kreml indes steht mächtiger denn je da. Jedermann schwört „auf den starken Staat", der alles richten muss und alles richten kann, und bei „man" sich ja vielleicht auch einnisten kann. Ist da die Unabhängigkeit der Gerichte ein Blendwerk; die unabhängige Presse eine Institution der jüngsten Vergangenheit, aber heute die Ausnahme? Sie hat ihre Unschuld verloren und ist in weiten Teilen erneut unter die Fuchtel der staatlichen Betreuung gekommen. Die sozial Schwachen sind die Verlierer, aber sie erhalten im Gegensatz zur Jelzin Zeit der Wirren ihre schmalen Pensionen und Renten in bar und pünktlich ausgezahlt.

Der in Europa im 19. Jahrhundert üblich gewesene Obrigkeitsstaat erlebt eine strahlende Renaissance. Auf der Strecke bleiben die demokratische Streitkultur und die Entwicklung einer sich zum Wohle des Ganzen aus der Zivilgesellschaft formierenden politischen Opposition. Wir mögen es nicht wahrnehmen – aber sie existiert und entwickelt sich. So kann und muss man sagen: Russland ist ein integraler Bestandteil Europas – die Beziehungen mit den europäischen Ländern sind nicht störungsfrei, mit einige Problemen befrachtet, aber ohne Antagonismen und ohne strategische Gegenstrukturen. Bleibt das so?

Russland und Deutschland im 21. Jahrhundert: Partner – ja, aber auch Partner auf gleicher Augenhöhe? Da ist ein Fragezeichen angebracht. Die Zukunft gibt die Antwort.

Berlin, 19. Juli 2005

Hans-Georg Wieck
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau
1977-1980